

Pressemitteilung

Pressemitteilung
11.06.2013

BPI zum Arzneimittelreport: Verlängerung der Zwangsmaßnahmen nicht akzeptabel

Die Barmer GEK hat sich bei ihrer heutigen Vorstellung des Arzneimittelreports 2013 dafür ausgesprochen, dass die pharmazeutische Industrie trotz zuletzt stagnierender Arzneimittelausgaben im GKV-Markt stärker belastet werden müsse. Wenn es nach der Gesetzlichen Krankenversicherung geht, dann sollen die in diesem Jahr auslaufenden Zwangsmaßnahmen über fünf Jahre verlängert werden. „Diese Forderung ist absolut nicht akzeptabel“, sagt Henning Fahrenkamp, BPI-Hauptgeschäftsführer. „Die krisenbedingt eingeführten Zwangsmaßnahmen belasten unsere Branche schon viel zu lange und gehören längst abgeschafft. Immerhin hat sich die wirtschaftliche Gesamtlage in Deutschland sehr positiv entwickelt und die GKV hat Milliardenüberschüsse angehäuft.“ Nach Angaben der Barmer GEK habe das AMNOG bisher nicht zu den erwarteten Kosteneinsparungen geführt und nun drohe durch die jüngste Gesetzesänderung auch noch eine Aufweichung zugunsten der Pharmaindustrie. „Dieser Vorwurf ist wenig überraschend und im Moment sehr populär, er ist aber auch ebenso falsch. So darf man nicht vergessen, dass vielen Wirkstoffen der Nutzen bislang allein aus formellen, nicht aus Evidenz basierten Gründen verwehrt wurde“, so Fahrenkamp.

Im Übrigen darf man auch nicht vergessen, dass das AMNOG von Anfang an vorrangig zur Verbesserung der Versorgung konzipiert wurde. Die von der Barmer GEK genannten angeblichen Einsparziele wurden damals als sehr langfristig mögliche Einsparung in der Begründung des Referentenentwurfs genannt, die nach Bewertung des gesamten Bestandsmarktes erreicht werden könnte. Insofern ist es auch nicht korrekt, wenn die Barmer nun davon spricht, dass diese Summe nach zwei Jahren AMNOG und vor Beginn der Bestandsmarkt看wertung noch gar nicht eingespart werden konnte.

Im Arzneimittelreport werden wie üblich zahlreiche Sparpotentiale ausgemacht, zum Beispiel im generischen Bereich, wo die Generikaquote der Barmer GEK von 75 auf 85 Prozent gesteigert werden soll. Hennig Fahrenkamp kann nicht verstehen, warum die Barmer GEK dieses Thema jedes Jahr aufs Neue vorantreibt: „Die Erhöhung der Generikaquote greift massiv in die Therapiehoheit des Arztes ein und kann in bestimmten Indikationen wie Epilepsie, wo ein Austausch problematisch ist, sogar große Nachteile für den Patienten nach sich ziehen. Wir sollten dem Arzt in seiner Fähigkeit mehr zutrauen, anstatt seine Handlungsoptionen mehr und mehr zu beschränken.“

Es gibt also viele Fragen, die der Arzneimittelreport aufwirft und unbeantwortet lässt. Bei Vorschlägen hingegen, wie man die pharmazeutische Industrie finanziell noch stärker belasten kann, ist man bei der Barmer GEK nicht verlegen. So müsse man den Bestandsmarktaufruf jetzt schnell vorantreiben, um weitere Einsparungen zu erzielen. „Hier warne ich ausdrücklich vor überhasteten Schritten!“ sagt Henning Fahrenkamp. „Wenn der Bestandsmarktaufruf effektiv und vor allem fair erfolgen soll, dann bitte mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl. Zu groß ist die Gefahr, dass es durch nachträgliche Eingriffe zu Wettbewerbsverzerrungen kommt. Auch muss der Rechtsschutz für den pharmazeutischen Unternehmer gewährleistet sein, damit man nicht erst das ganze kostspielige Verfahren

Pressemitteilung

Pressemitteilung
11.06.2013

durchläuft um dann festzustellen, dass es eigentlich gar nicht notwendig war. Ich rufe alle Beteiligten noch einmal dazu auf, die Methodik des Bestandsmarktauf-rufs unter Einbeziehung von Fachexperten zu überprüfen, bevor fatale Fehler gemacht werden.“

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e. V. (BPI) vertritt das breite Spektrum der pharmazeutischen Industrie auf nationaler und internationaler Ebene. Rund 240 Unternehmen mit ca. 70.000 Mitarbeitern haben sich im BPI zusammengeschlossen.

Ihr Ansprechpartner: Joachim Odenbach, Tel. 030/27909-131, jodenbach@bpi.de